

Änderungsantrag

der Abgeordneten Suhr, Werner (Dierstorf) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten**

— Drucksachen 10/3700 Anlage, 10/4160, 10/4180 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 10 02 Titelgruppe 03 – Forschung – wird in Titel 526 65 – Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsaufträge an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung – der Ansatz um 1 000 000 DM auf 5 850 000 DM erhöht.

Die Erläuterungen werden um folgenden Wortlaut ergänzt:

- „— Erfassung und Untersuchung gesundheitsschädlicher Zusatzstoffe (Nitrit, Farbstoffe, Schwefel etc.),
- Untersuchung über die Auswirkung industrieller Verarbeitung auf die Lebensmittelqualität (H-Milch, Salmonellen im Geflügel, Lebensmittelbestrahlung etc.),
- Untersuchung und Erfassung möglicher Schadstoffe aus Lebensmittelverpackungen und Behältnissen (auch derer, die nicht im Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz erfaßt sind),
- Untersuchung und Erfassung des chemischen Zusammenwirkens zwischen Nahrungsmittelinhaltsstoffen, Rückständen, Zusatzstoffen, Stoffen aus Verpackungen, Medikamenten und die gesundheitlichen Auswirkungen (beispielhaft)

1 000 000 DM“

Bonn, den 22. November 1985

Suhr
Werner (Dierstorf)
Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Hormone im Kalbfleisch, Frostschutzmittel im Wein, Desinfektionsmittel im Bier, Salmonellen im Geflügel, verunreinigtes Flüssigei, Nitrat im Trinkwasser – die Kette der Lebensmittelskandale reißt nicht ab.

Bei genauerer Betrachtung erweisen sich die Skandale nur als die Spitze eines Eisberges.

Infolge der Konzentrationen im Lebensmittelsektor mit den Konsequenzen starker industrieller Verarbeitung, massiven Einsatzes von Lebensmittelzusatzstoffen, langer Lagerung und hohen Verpackungsaufwandes sinkt allgemein die Lebensmittelqualität immer weiter ab.

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung nach den geltenden ernährungsphysiologischen Grundsätzen kann durch das zur Zeit bestehende Nahrungsmittel-Versorgungssystem und -Angebot nicht mehr gewährleistet werden.

Es besteht die ernsthafte Gefahr gesundheitlicher Schädigung auch bei völlig „normalem“ Ernährungsverhalten, insbesondere für Kinder, Schwangere, ältere Menschen und Kranke.

Die gegenwärtige Situation im Ernährungsbereich senkt die Lebensqualität jedes einzelnen und treibt die Kosten im Gesundheitswesen weiter in die Höhe.

Die GRÜNEN fordern als Konsequenz aus den Lebensmittelskandalen haushaltspolitische Ansätze zur Umorientierung der offensichtlich verfehlten Forschungs- und Untersuchungspolitik.

Nur eine industrie- und verwaltungsunabhängige Verbraucherorganisation kann diese dringend notwendigen Forschungs- und Untersuchungsaufgaben übernehmen und den Bedürfnissen der Verbraucher gerecht werden.

Skandalöserweise wurde der Forschungsbereich „Lebensmittelqualität, Zusatzstoffe, industrielle Verarbeitung und Verpackung“ bislang aus der öffentlichen Förderung weitgehend ausgeklammert. Statt dessen kam die Finanzierung des BML weitgehend den Interessen der Lebensmittelindustrie und deren Vertretern wie dem Fraunhofer Institut zugute. Eine solche Förderungspraxis läuft den verbraucherpolitischen Interessen entgegen; die Vergabe der Aufträge ist daher der Verbraucherinitiative Bonn zu übertragen.